

Gebotsabgabe

für den staatlichen Eigenjagdbezirk „Werfer Mühle“

im Regionalforstamt Rhein-Sieg-Erft

Ich versichere, dass ich zum Zeitpunkt des möglichen Beginns des Pachtverhältnisses jagdpachtfähig im Sinne von § 11 Abs. 5 Bundesjagdgesetz und nicht Eigentümer, Pächter oder Mitpächter eines anderen Jagdbezirkes oder Teiljagdbezirkes bin und während der Laufzeit eines Pachtvertrages kein Jagdbezirk anpachten bzw. Mitpächter oder Inhaber einer entgeltlichen Erlaubnis in einem weiteren Jagdbezirk werde.

Mir ist bekannt und ich erkenne an, dass

1. das **Mindestgebot 20,00 EURO** je ha (netto) beträgt;
2. die Verpachtung im Wege des schriftlichen Meistgebots erfolgt;
3. als Bieter nur solche Personen zugelassen sind, die jagdpachtfähig sind;
4. in Jagdbezirken bis zu 150 ha Größe 1 Pächter, in größeren Jagdbezirken für jede weiteren 150 ha je ein weiterer Pächter zugelassen wird und insoweit mehrere Interessenten ein gemeinsames Gebot abgeben können;
5. nur auf einen Jagdbezirk ein Gebot abgegeben werden darf, wenn in einem Regionalforstamt mehrere Jagdbezirke ausgeschrieben sind;
6. der Verpächter den Zuschlag verweigern kann, wenn ihm das Höchstgebot nicht ausreichend erscheint;
7. ohne Angabe von Gründen der Zuschlag auf das zweit- oder dritthöchste Angebot erteilt werden kann;
8. das Land ohne Angabe von Gründen die Ausschreibung aufheben kann;
9. dem vorherigen Pächter das Recht eingeräumt werden kann, in das Höchstgebot einzutreten, dem der Verpächter den Zuschlag geben will,
10. unvollständige Angebote, die nicht die erbetenen Erklärungen (vom Bieter ausgefülltes und unterzeichnetes **Formular „Gebotsabgabe“** und vom Bieter ausgefülltes und **unterzeichnetes Jagdpachtvertragsformular**) enthalten oder bei denen kein eindeutiger Betrag in **EURO/ha** eingesetzt ist, nicht berücksichtigt werden;

Sollte die Erklärung einer Bank, wonach diese bereit ist, im Falle der Zuschlagserteilung eine **selbtschuldnerische Bürgschaft unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage in Höhe einer Gesamtjahrespacht** für den Zeitraum der gesamten Pachtperiode zu übernehmen und hierüber eine Bürgschaftserklärung abzugeben, dem Angebot nicht beigefügt sein, so wird das Angebot dennoch vom Verpächter berücksichtigt, wenn diese Erklärung binnen 5 Werktagen nach Gebotseröffnung beim Regionalforstamt nachgereicht wird.

Ist es vom Bieter versäumt worden, im Pachtvertrag den „Pachtpreis in Gesamthöhe“ neben dem „Pachtpreis in EURO/ha“ einzutragen, so ist der Verpächter ermächtigt, dies auszurechnen und den Betrag einzusetzen. Dies gilt auch, wenn der „Pachtpreis in Gesamthöhe“ angegeben wurde, jedoch der „Pachtpreis in **EURO/ha**“ fehlt.

Ich habe auch in folgenden anderen Regionalforstämtern des Landesbetriebes Wald und Holz Nordrhein-Westfalen auf Jagdbezirke geboten:

Wird mir der Zuschlag für einen Jagdbezirk erteilt, werden meine übrigen Angebote gegenstandslos.

Mein Angebot beträgt gemäß Eintragung im Jagdpachtvertrag je ha und Jahr

_____ **EURO, insgesamt** _____ **EURO**

In Worten: _____

(Jahrespachtpreis **zuzüglich** der jeweilig gesetzlichen Mehrwertsteuer).

Den übersandten Entwurf des Jagdpachtvertrages habe ich als Vertragantrag ordnungsgemäß ausgefüllt und rechtsverbindlich unterzeichnet und wieder beigefügt. Mir ist bekannt, dass mit der vom Verpächter gegengezeichnete Jagdpachtvertrag zweifach zurückgesandt wird, falls der Vertrag mit mir abgeschlossen wird.

Die gemäß Anschreiben des Regionalforstamtes erbetene **Erklärung einer Bank**, wonach diese bereit ist, im Falle der Zuschlagserteilung eine selbstschuldnerische Bürgschaft unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage in Höhe einer Gesamtjahrespacht über die gesamte Pachtperiode zu übernehmen und hierüber eine Bürgschaftserklärung abzugeben, ist

- beigefügt**
- nicht beigefügt und wird binnen 5 Werktagen nach Gebotseröffnung nachgereicht, wobei der Verpächter berechtigt ist, den Zuschlag auch dann zu erteilen, wenn die Erklärung nicht oder nicht rechtzeitig beigebracht wurde.**

(zutreffendes bitte ankreuzen)

An mein Vertragsangebot halte ich mich bis zum Zugang der vom Verpächter gegengezeichneten Jagdpachtvertragsexemplare, gebunden und bin damit einverstanden,

dass der Verpächter Auskünfte über meine Vermögensverhältnisse und meinen Leumund einholt.

Das Anschreiben des Regionalforstamtes zu diesem Formular sowie die mit übersandte Revierbeschreibung, die den in § 2 des Jagdpachtvertrages bezeichneten Jagdbezirk näher erläutert, habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne die darin enthaltenen Bestimmungen an.

Sollte mir/uns der Zuschlag erteilt werden, dann wird die Bürgschaftserklärung binnen 5 Werktagen nach Erhalt des vom Verpächter unterzeichneten Jagdpachtvertrages unaufgefordert dem Verpächter vorgelegt, es sei denn, mit dem Verpächter wurde eine andere Absprache getroffen.

Name, Vorname

Straße

PLZ und Hauptwohnsitz

Telefon- und Mobilrufnummer

E-Mail Adresse

Anzahl der Jahresjagdscheine: _____

Datum

Unterschrift

Pachtvertrag für Waldreviere des Landesbetriebes Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

Zwischen
dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, dieses
vertreten durch den Leiter des Landesbetriebes Wald und Holz NRW, Albrecht - Thaer - Str.
34, 48147 Münster, handelnd durch Bedienstete im Zuständigkeitsbereich des
Regionalforstamtes Rhein-Sieg-Erft

- nachfolgend Verpächter genannt -

und

- nachfolgend Pächter genannt -

wird folgender Jagdpachtvertrag abgeschlossen:

Präambel

Die Jagd im Landesbetrieb Wald und Holz NRW dient der vorbildlichen Anpassung der
Wildbestände an die Biotopkapazität der Wälder unter Berücksichtigung ökologischer und
wildbiologischer Erkenntnisse sowie Belangen des Tierschutzes.
Die Erreichung dieses Zieles ist vorrangig erkennbar am Zustand und der Entwicklung der
Wald- insbesondere der Baum-Vegetation.

§ 1

Vertragsgrundlage, Pachtzweck

(1) Der Verpächter verpachtet dem Pächter das Jagdausübungsrecht in dem in § 2 näher
bezeichneten Eigenjagdbezirk des Landesbetriebes Wald und Holz NRW

EJB Werfer Mühle (FBB Dattenfeld)

auf Grundlage des geltenden Bundesjagdgesetzes in Verbindung mit dem geltenden
Landesjagdgesetz NRW sowie den diesbezüglichen Rechtsvorschriften.

(2) Der Verpächter leistet keine Gewähr für die Größe des Jagdbezirkes und die Ergiebigkeit
des Jagdausübungsrechtes und schließt jegliche Haftung im Zusammenhang mit der
Jagdnutzung aus.

(3) Beeinträchtigungen der Jagd aus dem Forstbetrieb (einschließlich dem Versuchswesen)
und dem Erholungsverkehr begründen keinen Anspruch auf Pachtminderung.

§ 2 Jagdbezirk, Pachtgegenstand

- (1) Der Eigenjagdbezirk Werfer-Mühle hat eine Größe von insgesamt 92 Hektar; davon beträgt die angegliederte Fläche 0 Hektar.
- (2) Lage und Grenze des Jagdbezirkes sind aus der als Bestandteil des Vertrages beigefügten Revierkarte ersichtlich (Anlage 1).
- (3) Über den Verlauf der Grenzen des Jagdbezirks besteht zwischen Verpächter und Pächter Übereinstimmung. Bei Unklarheiten findet ein gemeinsamer Grenzbezug statt.

§ 3 Pachtdauer

- (1) Die Pachtzeit beginnt am 01.04.2021 und dauert, sofern kein Kündigungsgrund im Sinn von § 15 vorliegt, 5 Jahre. Sie endet am 31.03.2026.
- (2) Das Pachtjahr beginnt am 01.04. eines jeden Jahres und endet am 31.03. des Folgejahres (Jagdjahr).

§ 4 Pachtpreis

- (1) Der Pachtpreis nach **Submission** beträgt pro Jagdjahr € je Hektar zuzüglich gesetzliche Umsatzsteuer von z.Zt. 19 % = €. Insgesamt = €
In Worten:

- (2) Der Pachtpreis in Gesamthöhe von **EUR** ist jährlich im Voraus bis zum 1. April des laufenden Pachtjahres kostenfrei auf das Konto des Landesbetriebes Wald und Holz NRW

bei der HELABA,
Konto 4 011 912, BLZ 300 500 00,
IBAN DE10 3005 0000 0004 0119 12,
BIC/SWIFT: WELA DE DD,
unter dem Verwendungszweck:

980403

zu zahlen.

- (3) Bei Zahlungsverzug sind vom Fälligkeitstag an ohne Mahnung Verzugszinsen in Höhe von jährlich 5 v.H. über dem zum Zeitpunkt des Verzugseintritts bekannt gegebenen jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches an den Verpächter zu entrichten, unbeschadet des Rechts des Verpächters einen nachweisbaren höheren Schaden ersetzt zu verlangen.

§ 5 Jagderlaubnisse

- (1) Die Erteilung einer entgeltlichen Jagderlaubnis bedarf der Schriftform und der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verpächters. Sie wird im gesetzlich zulässigen Rahmen gestattet.
- (2) Die Erteilung einer unentgeltlichen Jagderlaubnis bedarf der Schriftform und ist auf maximal 1 Erlaubnis begrenzt. Sie bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verpächters.
- (3) Alle Jagderlaubnisscheine sind von sämtlichen Pächtern und dem Verpächter zu unterzeichnen.
- (4) Der Verpächter kann aus wichtigem Grund verlangen, dass der Pächter eine erteilte Jagderlaubnis innerhalb eines Monats widerruft oder kündigt.

§ 6 Waldbegang, Waldbauliche Zielsetzung

- (1) Verpächter und Pächter führen einen jährlichen Waldbegang durch und tauschen sich über die Wildschadenssituation im Jagdbezirk und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf aus.
- (2) Das Wildschadensmonitoring im Forstbetriebsbezirk und die folgenden waldbaulichen Zielsetzungen bilden die Grundlage für die Beurteilung der Wildschadenssituation:
 - a) Die Begründung standortgemäßer Mischwälder darf durch Verbiss nicht in Frage gestellt werden. Die im Jagdbezirk vorkommenden Hauptbaumarten müssen sich ohne technische Schutzmaßnahmen verjüngen.
 - b) Das forstliche Produktionsziel darf nicht durch Schälschäden gefährdet werden.
- (3) Folgende im Jagdbezirk vorkommende Baumarten sind Hauptbaumarten im Sinne von Absatz 2, Buchstabe a):

Eiche, Buche, Ahorn, Esche, Kirsche, Douglasie, Tanne, Fichte

§ 7 Verhütung von Jagd- / Wildschaden, Wildschadenersatz

- (1) Der Pächter verpflichtet sich, über die Erfüllung des festgelegten Abschusses einen an den Wald angepassten artenreichen und gesunden Wildbestand herzustellen und zu erhalten, der die natürliche und künstliche Verjüngung aller im Jagdbezirk vorkommenden Hauptbaumarten ohne Gatter oder anderen mechanischen oder chemischen Schutz ermöglicht und die Entmischung der Baumarten verhindert.
- (2) Der Pächter ist verpflichtet, in gegatterte Flächen eingedrungenes Schalenwild spätestens innerhalb von 48 Stunden nach Kenntnis bzw. Aufforderung unter Beachtung jagdgesetzlicher Bestimmungen zu erlegen, erlegen zu lassen oder herauszudrücken. Kommt der Pächter der Aufforderung nicht nach, ist der zuständige Revierleiter des Verpächters ermächtigt, das Wild zu erlegen oder herauszudrücken. Die anfallenden Kosten trägt der Pächter.

Der Revierleiter ist auch berechtigt, zur Kontrolle der Gatter auf Wildfreiheit seinen eigenen Jagdhund frei suchen zu lassen.

(3) Gradmesser der Wildschadensverhütung ist die Erfüllung der festgesetzten bzw. vereinbarten Abschüsse durch den Pächter sowie der Zustand der Waldvegetation. Verbiss und Schälung einzelner Bäume sind als natürliche Lebensäußerung des Wildes anzusehen. Wildschäden sind erst dann gegeben, wenn durch Zuwachs-, Wert- oder Stabilitätsverluste das Produktions- oder Betriebsziel gefährdet wird.

Bei Erfüllung der festgesetzten bzw. vereinbarten Abschüsse wird auf Wildschadenersatz für die landeseigenen Waldflächen durch den Verpächter verzichtet.

Diese Regelung gilt somit nicht für angegliederte Waldflächen und landwirtschaftlich genutzte Flächen. Für sie gilt die Regelung des Bundesjagdgesetzes.

(4) Der Pächter hat Wild- und Jagdschaden an landwirtschaftlich genutzten Flächen im Jagdbezirk dem selbst bewirtschaftenden Verpächter oder unmittelbar dessen Landpächter, auch wenn im Verhältnis zwischen dem Verpächter und dem Landpächter eine Wild- und Jagdschadenshaftung ausgeschlossen ist, zu ersetzen.

Für Wild- und Jagdschaden an mit verpachteten Grundstücken Dritter haftet der Pächter unmittelbar.

(5) Sofern der Pächter den Abschussplan bzw. den vereinbarten Abschuss nicht erfüllt, hat er dem Verpächter Wildschaden an allen Hauptbaumarten im Jagdbezirk in voller Höhe zu ersetzen. Zur Bewertung der Wildschäden einigen sich die Vertragspartner auf folgende Verfahren:

- Bewertung von Verbisschäden (incl. Fege- und Schlagschäden):

- Bewertung von Schälchäden

§ 8

Abschussplanung und Abschussdurchführung

(1) Die Erfüllung der Abschussvorgabe des Verpächters ist eine der Hauptpflichten des Pächters. Die Wilddichte darf die Tragfähigkeit des Lebensraumes nicht überschreiten.

(2) Die Abschusspläne für das abschussplanpflichtige Schalenwild sind vom Pächter unter Verwendung der von der unteren Jagdbehörde vorgeschriebenen Vordrucke aufzustellen und dem Verpächter zum 1. März vorzulegen. Ist Einvernehmen über die Höhe der Abschüsse nicht zu erzielen, legt der Verpächter die Höhe der Abschüsse fest und leitet diese zum 1. April an die zuständige untere Jagdbehörde weiter.

(3) Die Höhe des jährlichen Abschusses von nicht abschussplanpflichtigen Schalenwildarten ist, auch in Bezug auf §§ 6 und 7 dieses Vertrages, unter § 18 als verbindlich vereinbarter Mindestabschuss vorgegeben. Ist Einvernehmen über die Höhe der Abschüsse nicht zu erzielen, legt der Verpächter die Höhe der Abschüsse fest.

(4) Der Pächter hat dem Verpächter an einem vorbezeichneten Ort die frisch erlegten Stücke von Schalenwild (einschließlich Schwarzwild) vorzulegen (Körperlicher Nachweis). Nicht vorgelegtes Schalenwild gilt als nicht erlegt.

Ort: Am Forsthaus 2, 51570 Windeck-Wilberhofen

(5) Wenn und soweit der Pächter den festgesetzten bzw. vereinbarten Abschuss von weiblichem Schalenwild, Kälbern, Kitzen und Lämmern bis zum 30. November nicht wenigstens zu 70% je Wildart erfüllt hat, hat der Verpächter das Recht, die notwendigen Abschüsse durch von ihm Beauftragte vornehmen zu lassen. Hierbei kann der Verpächter die Jagdart frei wählen.

Für diesen Fall verpflichtet sich der Pächter, den Beauftragten des Verpächters eine unentgeltliche Jagderlaubnis zu erteilen. Für Schalenwild, für das eine mehrjährige Abschussfestsetzung/-vereinbarung gilt, ist der zu erfüllende Abschuss aus dem Anteil je Jagdjahr herzuleiten.

Macht der Verpächter von diesem Recht Gebrauch, hat der Pächter als Entgelt für den Aufwand je Stück Schalenwild 200,00 € zu erstatten. Das Wildbret steht dem Pächter zu, das „Kleine Jägerrecht“ der Erlegerin bzw. dem Erleger.

§ 9

Wildäsungsflächen, Fütterungen, Kirrungen

(1) Wildäsungsflächen dienen der Verbesserung der natürlichen Äsungsgrundlage und zur Vermeidung von Wildschäden. Wildäsungsflächen sind nur in Form von Dauergrünland zulässig. Der Pächter ist verpflichtet, die ihm zur Nutzung überlassenen Wildäsungsflächen als Dauergrünland ordnungsgemäß zu bewirtschaften.

(2) Die Anlage von Wildäckern ist nicht gestattet.

(3) Art und Umfang der Notzeitfütterung von Wild und der Kirrungen für Schwarzwild ausschließlich in der Hauptjagdzeit sind mit dem Verpächter nach Art und Umfang und nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften abzustimmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet der Verpächter abschließend.

§ 10

Forstamtsspezifische Jagdregeln

Aus dem Jagdbetriebskonzept (JBK) des Verpächters gelten für den verpachteten Jagdbezirk folgende Regeln der guten jagdlichen Praxis für den Pächter verbindlich:

- a) Bejagungskalender mit vorgegebenen Intervallen (möglichst geringe Störung des Wildes durch Jagddruck)
- b) Verbindliche Teilnahme an revierübergreifenden Bewegungsjagden
- c) bei Notzeitfütterung ruht die Jagd
- d) Verbot der Fallenjagd
- e) Jagdliche Einrichtungen nur in offener Holzbauweise

§ 11

Besondere Auflagen aus dem Naturschutz- und Landschaftsrecht

-Entfällt-

§ 12

Jagdliche Einrichtungen, Wegebenutzung

(1) Die Errichtung und Übernahme jagdlicher Einrichtungen ist Sache des Pächters und mit dem Verpächter hinsichtlich Anzahl, Standort und Bauweise vor der Errichtung abzustimmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet der Verpächter abschließend. Die Verkehrssicherungspflicht der jagdlichen Einrichtungen obliegt dem Pächter.

(2) Der Pächter hat seine jagdlichen Einrichtungen am Ende der Pachtzeit zum 31. März ordnungsgemäß aus dem Jagdbezirk zu entfernen. Alle Jagdeinrichtungen gehen nach Ende der Pachtzeit am 1. April unentgeltlich in das Eigentum des Verpächters über, sofern dieser nicht die Beseitigung zum Pachtzeitende gefordert hat. Kommt der Pächter der vom Verpächter geforderten Beseitigung nicht fristgerecht nach, kann der Verpächter die Einrichtungen auf Kosten des Pächters entfernen lassen.

(3) Der Verpächter gestattet dem Pächter und dessen Jagdgästen die Benutzung der für den öffentlichen Verkehr gesperrten Forstwirtschaftswege **im Jagdbezirk** zum Zwecke des Jagdbetriebes auf eigene Gefahr und unter Ausschluss von jeglichen Haftungsansprüchen gegen den Verpächter.

Bei der Anlage und Unterhaltung von Wildäsungsflächen und jagdlichen Einrichtungen, beim Wildtransport und Beschicken von Fütterungen in der Notzeit dürfen Rückewege und -gassen benutzt werden. Ein flächenhaftes Befahren bzw. ein Fahren in den Beständen ist untersagt.

§ 13

Jagdhund, Jagdbeauftragter

(1) Besitzt der Pächter keinen brauchbaren Jagdhund, hat er nachzuweisen, dass ihm ein solcher Hund eines Dritten jederzeit für Jagdzwecke zur Verfügung steht.

(2) Befindet sich der gewöhnliche Aufenthaltsort des Pächters mehr als 30 Kilometer vom Jagdbezirk entfernt oder steht der Pächter aus sonstigen Gründen nicht regelmäßig zur Verfügung, hat er einen Jahresjagdscheinhaber in Reviernähe zu benennen, der regelmäßig zur Verfügung steht und aufgrund eines gültigen Jagdscheines im Stande ist, unaufschiebbare Maßnahmen in Abwesenheit des Pächters für ihn vorzunehmen. Der benannte Jahresjagdscheinhaber soll bestätigter Jagdaufseher sein.

§ 14

Wildfolge, Entsorgung von Verkehrsunfallwild (Schalenwild)

(1) Soweit der Jagdbezirk an einen Verwaltungsjagdbezirk des Verpächters grenzt, gilt grundsätzlich die gesetzliche Wildfolge nach § 29 LJG –NRW in Verbindung mit § 22 a BJG.

(2) Ohne Übernahme einer Rechtspflicht obliegt es dem Pächter im angepachteten Jagdbezirk auf Bundes-, Kreis- und Gemeindestrassen auftretendes Verkehrsunfallwild (ausschließlich Schalenwild) ordnungsgemäß zu entsorgen.

§ 15 **Kündigung durch den Verpächter**

- (1) Der Verpächter kann den Pachtvertrag fristlos kündigen, wenn
- a) dem Pächter der Jagdschein nach §§ 17, 18 oder 41 BJagdG versagt, eingezogen oder entzogen wird,
 - b) der Pächter rechtskräftig nach den §§ 292 bis 294 des Strafgesetzbuches oder § 38 BJagdG verurteilt ist,
 - c) der Pächter wiederholt in grober Weise den gesetzlichen Bestimmungen über die Jagdausübung oder den Bestimmungen dieses Vertrages zuwiderhandelt,
 - d) der Pächter die festgesetzten bzw. vereinbarten Abschüsse oder den Abschussplan nicht erfüllt hat,
 - e) der Pächter mit seinen Zahlungsverpflichtungen nach vorheriger Zahlungsaufforderung länger als drei Monate in Verzug ist,
 - f) der Pächter oder in seinem Auftrag handelnde Dritte trotz schriftlicher Abmahnung wiederholt oder gröblich gegen diesen Vertrag verstoßen hat,
 - g) wenn sich der Pächter ohne zureichende Gründe wiederholt nicht an revierübergreifenden Bewegungsjagden nach § 10 b dieses Vertrages, beteiligt.
- (2) Das Verschulden von Beauftragten, Jagderlaubnisscheininhabern oder Jagdgästen gilt - auch über § 831 BGB hinaus - als eigenes Verschulden des Pächters.
- (3) Im Falle einer Kündigung hat der Pächter dem Verpächter den aus der Beendigung des Pachtvertrages entstehenden Schaden zu ersetzen.

§ 16 **Mehrheit von Pächtern, Tod des/eines Pächters**

- (1) Sofern mehrere Pächter an diesem Jagdpachtvertrag beteiligt sind, haften diese für alle Leistungen aus diesem Vertrag als Gesamtschuldner. Kündigungsgründe in der Person eines Pächters berechtigen den Verpächter zur Kündigung gegenüber allen Mitpächtern. Erlischt der Vertrag mit einem der Pächter, so kann der Verpächter innerhalb von drei Monaten, nachdem er von dem Erlöschungsgrund Kenntnis erhalten hat, auch den übrigen Mitpächtern gegenüber zum Ende des Pachtjahres kündigen.
- (2) Bei Tod des Pächters oder eines Mitpächters richtet sich die Fortsetzung des Pachtvertrages nach den jeweiligen gesetzlichen Regelungen. Im Übrigen gilt § 16 LJG-NRW.

§ 17 **Schriftform, Salvatorische Klausel, Schlussbestimmungen**

- (1) Alle Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

(2) Im Übrigen richtet sich der Vertrag nach den gesetzlichen Vorschriften. Sollten sich diese ändern, treten sie, soweit unabdingbar, an die Stelle entgegenstehender Vertragsbestimmungen.

(3) Der Jagdpachtvertrag wird vom Verpächter der zuständigen unteren Jagdbehörde gemäß § 12 BJagdG angezeigt. Aus diesem Anlass anfallende Verwaltungskosten gehen zu Lasten des Pächters.

**§ 18
Sonstige Vereinbarungen**

Gemäß § 8(3) in Verbindung mit den § 7 wird ein Mindestabschuss für Rehwild von 11 Stück je Jagdjahr verbindlich vereinbart. Bei der Erfüllung ist auf eine möglichst ausgeglichene Altersklassen- und Geschlechterverhältnisverteilung zu achten. Diese Vereinbarung wird jährlich [§6(1)] geprüft und ggfls. angepasst.

**§ 19
Anlagen zum Vertrag**

Diesem Vertrag ist als Anlage eine Revierkarte beigelegt.

Für den Verpächter

Für den Pächter

Eitorf, _____
Ort, Datum
im Auftrag

, _____
Ort, Datum

(Hübinger)

(Name)

- Siegel -

Vorstehender Jagdpachtvertrag wurde der unteren Jagdbehörde gemäß § 12 Bundesjagdgesetz angezeigt. Beanstandungen werden nicht / zu folgenden Punkten erhoben:

.....
.....
.....
.....

....., den

.....
(Unterschrift, Dienstsiegel der unteren Jagdbehörde)